

Zeitung gegen die Einheitsfeierlichkeiten am 3. Oktober in Stuttgart



September/Oktober 2013

www.revolutionaere-aktion.org

Es gibt kein Ende der Geschichte

Am 3. Oktober 1990 wurde die DDR von der Bundesrepublik Deutschland einverleibt. Es gibt wenige politische Ereignisse in der deutschen Nachkriegsgeschichte, die mit ähnlich viel Emotionalität und Euphorie immer wieder auf's Neue durch Medienkampagnen und politische Events propagandistisch aufbereitet werden. Wer meint, der wachsende zeitliche Abstand würde zu einer tiefgründigeren und kritischeren Auseinandersetzung mit der sogenannten "Wiedervereinigung" in der Öffentlichkeit führen, der irrt. Im Gegenteil: Reißerische Fernsehdokumentationen, düstere Erinnerungsstätten und Gedenkeremonien lassen gerade heute wieder mit Empörung auf die Schreckensszenarien einer selbstgebastelten DDR-Geisterbahn blicken. Für die genauere Betrachtung des geschichtlichen Entstehungshintergrundes des Staates, seiner sozialistischen Grundlagen, des dort

bestimmung und Wohlstand" schlechthin darstellen. In den Monaten vor der Auflösung der DDR Anfang der 90er Jahre wurden die Hoffnungen auf ein "besseres Leben" im Westen von den BRD-Eliten besonders intensiv geschürt. "Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor - dafür vielen besser." Dies versprach der CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl hochtrabend am 1. Juli 1990, dem Tag an dem die gesamtdeutsche Währungsunion beschlossen wurde. Nicht zuletzt der bejubelte 1:1 Umtausch von DDR-Mark zu D-Mark ließ damals viele mit der vermeintlich gleichberechtigten Währungsangleichung auch auf eine gesamtgesellschaftlich rosigere Zukunft im Kapitalismus hoffen.

Was wirklich aus dem Versprechen eines besseren Lebens für große Bevölkerungsteile im Kapitalismus geworden ist und wie sich



entwickelten umfassenden Sozialsystems, oder der, gerade Ende der 80er Jahre, erstarkenden sozialistischen DDR-Reformbewegung, lässt diese Form von Geschichtsunterricht von oben keinen Platz.

Warum das Ganze? Mit einer so oberflächlichen und partikularen geschichtlichen Abwicklung der DDR lässt sich das kapitalistische Gesellschaftsmodell der BRD im Gegensatz dazu ganz schnell als Inbegriff von "Freiheit, Selbst

die Verhältnisse in der Gesellschaft der BRD seither im Gesamten entwickelt haben, schauen wir uns im folgenden anhand einiger Aspekte genauer an.

Ein besseres Leben?

Dass die Gesellschaft der BRD zunehmend von sozialen Missständen geprägt ist, lässt sich

kaum noch verschleiern, oder verklären. Viel zu offensichtlich breitet sich die anwachsende Armut unter Millionen von Arbeitslosen und prekär Beschäftigten aus, zu deutlich zerfrisst die Privatisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge feste Jobs und Infrastruktur und zu sehr sticht die Rolle des Staates als Sozialabbauer und repressiver Kontrolleur von sozial Schwachen ins Auge.

Die Aussicht auf vermeintlichen "Wohlstand" und "Sorgenlosigkeit" im kapitalistischen Westen sollte sich gerade in den 90er Jahren schnell als hoffnungslose Augenwischerei herausstellen.

Etwa 900.000 ArbeiterInnen aus 5000 funktionierenden "Volkseigenen Betrieben" der DDR wurden, nach der kapitalistischen Überführung der Betriebe in die Form einer GmbH oder Aktiengesellschaft in der BRD durch die sogenannte "Treuhänder", in die Kurzarbeit gedrängt und anschließend größtenteils in die Arbeitslosigkeit entlassen. Für die Betroffenen war die Arbeitslosigkeit eine gänzlich neue Erfahrung, die zwar allen westlichen Versprechungen entgegenstand, jedoch gerade im Verlaufe der 90er Jahre in der BRD noch wesentlich weiter um sich greifen sollte. Die Situation der überflüssig gemachten Arbeitskräfte wurde zunächst aber als Randerscheinung wahrgenommen. Im Mittelpunkt stand vielmehr der Boom für das westdeutsche Kapital: Mit einem Mal standen etwa eine Million neue und brauchbare Arbeitskräfte zur Verfügung, während die ehemals staatseigenen Produktionsstätten entweder zu billigsten Preisen aufgekauft, oder als ungewollte Konkurrenz ausgeschaltet und brachgelegt wurden.

Ein internationaler Kriseneinbruch um 1989/90 machte sich durch diesen kurzzeitigen Aufschwung, der nicht zuletzt durch staatliche Transferleistungen und Subventionsprogramme ermöglicht wurde, erst einige Jahre später, ab 1993, bemerkbar, als Entlassungen und Lohndrückung verstärkt auf die allgemeine Tagesordnung gesetzt wurden.

In der ganzen BRD fand in diesem Zeitraum als Reaktion auf einen immer angespannteren Weltmarkt eine wirtschaftliche Umstrukturierung statt, die fatale Folgen für die lohnabhängige Bevölkerung haben sollte. Unter dem Stichwort des "Neoliberalismus" sollten sämtliche Gesellschaftsbereiche der kapitalistischen Verwertung nahezu vollständig

zugänglich gemacht werden – eine internationale Entwicklung, die innerhalb westlicher Industriestaaten höhere Profite und gegenüber sogenannten “Entwicklungsländern” eine Ausweitung des imperialistischen Einflusses durch die Beherrschung und Kontrolle der dortigen Märkte erzielen sollte.

Die klassischen produktiven Tätigkeiten in der BRD, bislang in erster Linie zentral organisiert und innerhalb der Unternehmensgrenzen zusammengeführt, wurden, zur Anhebung des Konkurrenzdrucks und zur Einsparung tariflich geregelter Personalkosten, zunehmend ausdifferenziert und in zahlreiche Einzelvorgänge auf dem kapitalistischen Markt zersplittert. Immer mehr Zulieferer und

wird durch vergrößerte Zustellerbezirke verlangsamt, die Versorgungsqualität von Kraftwerken wird durch Einsparungen in der Qualifizierung von Wartungspersonal gefährdet, während die Ausdehnung der privaten Vorsorge im Gesundheits- und Pflegebereich mit steigenden Beiträgen und selektiven Leistungen aufwartet - dies sind nur einige Beispiele für die Auswirkungen der vorangetriebenen Privatisierungsvorgänge.

Für die Lohnabhängigen bedeuten die Auslagerung, Aufspaltung und Flexibilisierung der Arbeiten seitdem in erster Linie verschärfte Konkurrenz untereinander, weitere Lohnverluste und die fortschreitende Verschlechterung und Verunsicherung der Arbeitsverhältnisse.

in der BRD zusätzlich zu ihrer eigentlichen Lohnarbeit noch einem Nebenjob nachgehen, verdeutlicht noch einmal das erschreckend niedrige Lohnniveau. Zugleich liegt die reale Arbeitslosigkeit, inklusive Ein-Euro-Jobs, MaßnahmenempfängerInnen und weiteren Formen der Scheinbeschäftigung zwischenzeitlich bei etwa 4 Millionen - das Heer dieser an den gesellschaftlichen Rand gedrängten, lohnabhängigen “Reservearmee” wird zur Kapitalvermehrung zwar nicht direkt benötigt, stellt als potenzielle Konkurrenz aber ein mächtiges Druckmittel der kapitalistischen Klasse gegen die Beschäftigten zur Durchsetzung weiterer Lohndrückung und Flexibilisierungen dar. Das “Hartz IV”-Programm, das an sich schon einen kaum ausreichenden Grundstock an finanzieller Unterstützung bietet, durchleuchtet währenddessen die Lebenssituation der Abhängigen bis ins letzte Detail und entwickelt sich unter dem vermehrten Einsatz von Strafsanktionen und Kürzungen zu einem repressiven Kontrollmechanismus der Herrschenden gegen die prekarierten Massen.



Dienstleister, ausgelagerte Unternehmenssegmente, oder Lohnabhängige in Scheinselbstständigkeit, wetteiferten nun in gegenseitiger Konkurrenz und in Abhängigkeit der Großkonzerne um höhere Profitraten und letztendlich um die eigene Existenz. Zugleich wurden staatlich kontrollierte Wirtschaftssektoren – zumeist zu Schleuderpreisen - großzügig an kapitalistische Konzerne verkauft. Das öffentliche Verkehrswesen, die Telekommunikation, die Post und die Energieversorgung befinden sich nun zu großen Teilen in privater Hand und müssen den Gesetzen der Verwertbarkeit neu angepasst werden: Hunderttausende Stellenstreichungen in diesen Bereichen in den letzten 20 Jahren gehen einher mit enormen Lohnverlusten und verschlechterten Arbeitsbedingungen. Dass diese Bereiche der sogenannten “Grundfürsorge” auch ihr Serviceangebot den neuen Verhältnissen entsprechend ausrichten müssen, steht außer Frage: Stellenabbau und Arbeitsverdichtung erhöhen die Unfallgefahr bei der Bahn, während unprofitable Streckenteile gestrichen und zurückgebaut werden, die Postzustellung

Ihren vorläufigen Höhepunkt fand diese Entwicklung sicherlich im Nachklang des internationalen Kriseneinbruches 2008, der uns die Verwertungsschwierigkeiten anwachsender Kapitalmassen auf dem Weltmarktes eindrücklich vor Augen führte. Die wirtschaftlichen Konsequenzen breiteten sich schnell von der Finanzsphäre auf die Produktion, mit all den ihr angegliederten Bereichen wie Transport und Handel aus. Niedriglohnstellen im Leih- und Zeitarbeitssektor, oder Minijobs, die von tariflichen Regelungen zumeist nicht berührt werden, nehmen inzwischen einen Anteil von über 20% auf dem Arbeitsmarkt der BRD ein. Damit ist die BRD schon seit Jahren europäische Spitzenklasse im Niedriglohnbereich. Doch damit nicht genug: 1,3 Millionen Menschen sind trotz fester Arbeitsstelle auf staatliche Zuschüsse zu ihrem Lohn angewiesen, um wenigstens ihre grundlegendsten Bedürfnisse annähernd befriedigen zu können. Eine wirkliche Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, geschweige denn kulturelle Entfaltung ist damit noch lange nicht gewährleistet. Dass 2,5 Millionen Menschen

Auffallend bei der Betrachtung der Entwicklung der Arbeitsbedingungen in der BRD in den letzten 20 Jahren ist, dass den Bundesländern der ehemaligen DDR stets eine Vorreiterrolle bei der Entwertung und Flexibilisierung von Arbeitskraft zukommt. Geringeres Lohnniveau, höhere Arbeitslosigkeit, mehr Leih- und Zeitarbeit, größerer Niedriglohnsektor, schwächeres Tarifsystem...

Der “Osten” ist zum Experimentierfeld für die kapitalistische Profiterweiterung auf Kosten der Lohnabhängigen geworden. Was sich dort bewährt, findet Schritt für Schritt auch Zugang in die Struktur der kapitalistischen Wirtschaft in der westlichen BRD. Der Ausverkauf der Produktionsmittel der DDR an westliche Kapitalfraktionen und die zunehmende Auflösung öffentlicher Infrastruktur haben in den letzten 20 Jahren ein wirtschaftliches und soziales Gefüge geschaffen, das der kapitalistischen Klasse ihre Interessendurchsetzung gegen die Lohnabhängigen auf diesem Terrain geradezu auf dem Silbertablett serviert.

Deutschland auf dem Schießstand

Nach 1945 hat sich das neugeschaffene Deutschland in den 90er Jahren wieder verstärkt in militärische Auseinandersetzung eingemischt. Was mit der Unterstützung des deutschen Bundesnachrichtendienstes bei der gewaltsamen Herauslösung Kroatiens aus Jugoslawien 1991 begann, endete 1999 in der deutschen Beteiligung an der NATO-Bombardierung des späteren serbischen Staates.



Nach diesem ersten "Tabubruch" entwickelte sich das deutsche Militär, die Bundeswehr, schnell von einer Institution der "Landesverteidigung", die im Kalten Krieg gegen die Staaten um die Sowjetunion in Stellung gebracht werden sollte, hin zu einer global eingesetzten Interventionsarmee. Die neuen "Verteidigungspolitischen Richtlinien" des Jahres 1992 machen deutlich, worum es geht: die deutsche Sicherheitspolitik soll "weder inhaltlich noch geographisch eingegrenzt"

tie und Menschenrechte" haben nichts mit der Realität in Staaten wie Afghanistan oder Mali zu tun. Während 86% der deutschen Bevölkerung laut Umfragen im Jahr 2007 den Afghanistaninsatz der Bundeswehr ablehnten, fließen jährlich dennoch hunderte Millionen Euro aus Staatskassen in Rüstung und Militarisierung.

Die Aufhebung der Wehrpflicht im Jahr 2011 war eine Konsequenz dieser Umstruk-



werden, denn die Qualität und Quantität der militärischen Beiträge "bestimmen den politischen Handlungsspielraum Deutschlands und das Gewicht, mit dem die deutschen Interessen international zur Geltung gebracht werden können". Es geht nun nicht mehr um die Verteidigung gegen eine angebliche Bedrohung von Außen, sondern, wie es auch ganz offen formuliert wurde: Um die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt". Es geht ebenso um die Absicherung weltweiter geostrategischer Interessen, um die Stabilisierung kooperierender Staaten und um die Destabilisierung von Staaten, die den Interessen des NATO-Bündnisses, der EU-Blocks, oder der BRD entgegenstehen.

Die praktischen Konsequenzen dieser Vorgaben haben nicht lange auf sich warten lassen: Inzwischen ist die Bundeswehr weltweit in 11 Ländern stationiert und strukturiert sich zur High-Tech-Armee für weltweite Einsätze um.

Diese Entwicklungen werden in den Staaten des NATO-Bündnisses nach und nach angeglichen.

Klar ist und bleibt dabei: Die Einsätze der Bundeswehr dienen nicht dem Schutz der betroffenen Bevölkerung – 90% der Opfer aktueller Kriege sind Teile der Zivilbevölkerung. Und auch die vorgeblichen Kriegsziele "Demokra-

turierung. Um dennoch ausreichend Nachwuchs zu gewinnen setzt die Bundeswehr nun verstärkt auf ein attraktives und peppiges Auftreten für das Werben von Jugendlichen. Durch Radio- und Fernsehwerbung, Sport- und Musikevents, Auftritte in Schulen und auf Jobmessen soll der Soldatenberuf normalisiert und eine verstärkte Akzeptanz für das Militär in der Gesellschaft geschaffen werden. Bundeswehr-Kurse für LehramtsstudentInnen, die sogar als offizielle Studienteile anerkannt werden und gratis Unterrichtsmaterialien, an denen sich Lehrer verschiedener gesellschaftspolitischer Fächer orientieren sollen, runden das Programm ab.



Ein besonderes Rekrutierungspotenzial bietet der Bundeswehr die zugespitzte soziale Lage und die damit verknüpfte zunehmende Perspektivlosigkeit von Jugendlichen. Mit Führerscheinfinanzierungen, Mietzuschüssen und

der Übernahme von Schul- und Studiengebühren versucht sie sich als attraktiver "Arbeitgeber" zu präsentieren. Zugleich werden Hartz IV EmpfängerInnen auf diversen Job Centern gleich an die Bundeswehr weitergeleitet – aus Angst vor Kürzungen und Mangel an Alternativen, endet die Jobsuche Jugendlicher nicht selten dort.

Wenn die BRD Militär nach Außen einsetzt um ökonomische Interessen zu sichern, so liegt die Möglichkeit des Einsatzes der Bundeswehr im Innern, um die herrschenden ökonomischen Verhältnisse zu sichern, nicht besonders fern. Tatsächlich werden seit 2007 Militärstrukturen aufgebaut, die in der Lage sein sollen solche Einsätze der Aufstandsbekämpfung im Inneren zu koordinieren (die sogenannten Verbindungskommandos). Hinzu kommen kleinere unterstützende Einsätze der Bundeswehr gegen DemonstrantInnen wie etwa beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm.

Die Verbindungskommandos sollen die Zusammenarbeit ziviler Behörden wie THW, Feuerwehr, oder Polizei fördern und gemeinsame Einsätze trainieren. Dazu wurden bereits 16 Landeskommmandos in Landeshauptstädten eingerichtet, die wiederum über 410 Kreisverbindungskommandos und 31 Bezirksverbindungskommandos verfügen. Die Kommandos sollen mit bis zu 15 Soldaten besetzt sein. Angesiedelt sind sie oftmals in Rathäusern, beziehungsweise immer dort, wo die jeweilige Versammlungsbehörde untergebracht ist. In Hannover etwa ist das Bezirkskommando in der Polizeidirektion stationiert. Zusätzlich werden seit 2012 regionale "Sicherungs- und Unterstützungskräfte" aufgebaut. Diese können als Nachfolger der Heimatschutzkompanien aus der Zeit des Kalten Krieges angesehen werden. Anstatt jedoch die "Heimatfront" gegen einen eventuellen Angriff der Sowjetunion zu sichern, sollen diese Kräfte gegen soziale Unruhen zur Intervention in Bürgerkriegsszenarien aufgebaut werden.

“Geschlossene Gesellschaft!”

Der nationalistische Einheitstaumel, die staatlich mitinszenierte Fahنشwenkereie und Euphorie rund um die Eingliederung der DDR wurde schnell ergänzt, um eine Komponente, die gerade in Deutschland schon einmal zuvor grausame Geschichte geschrieben hat: Rassismus.

Zu Beginn der 90er Jahre formierte sich im nun vergrößerten Deutschland eine rassistische Bewegung, die sich gewalttätig gegen MigrantInnen, allen voran AsylbewerberInnen



en, richtete. Hetzjagden, gezielte Mordanschläge und Pogrome vor den Unterkünften der Betroffenen sollten in den folgenden Jahren immer wieder traurige Höhepunkte bilden. Inzwischen zählen Opferschutzorganisationen über 180 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 – die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher liegen.



Die Grundlagen dieser Bewegung wurden jedoch schon Jahre zuvor in der BRD geschmiedet. Die Ausbreitung einer zunehmend feindlichen Stimmung gegenüber AsylbewerberInnen in den späten 1980er Jahren wurde durch CDU-Forderungen wie "Zuwanderung eindämmen, Grundgesetz ändern" angestoßen und aufgeheizt. Ihren politischen Höhepunkt fand diese Hetze schließlich im Jahre 1991, als die CDU ganz offen eine Kampagne gegen das Grundrecht auf Asyl unter dem unsäglichen Motto "Asylmissbrauch stoppen!" initiierte. Mit dramatischen Slogans wie "Das Boot ist voll", oder einer herbeihalluzinierten "Asylantenflut" konstruierten konservative und rechte Kräfte ein Gefahrenbild von außen, während rassistische Angriffe schon im vorhinein zur "Selbstverteidigung" umgelenkt wurden. Traurige Konsequenz war nicht zuletzt das tausendfach beklatschte Pogrom mit Brandanschlägen und Steinwürfen gegen das Wohnhaus vietnamesischer VertragsarbeiterInnen in Rostock-Lichtenhagen, in dem sich zu dem Zeitpunkt noch 120 Menschen aufhielten. Die einhellige Antwort der CDU/FDP-Regierung, ebenso wie zwischenzeitlich auch der sozialdemokratischen Opposition, auf die immer wieder eskalierende rassistische Straßengewalt von Hoyerswerda, über Mannheim-Schönau bis nach Lichtenhagen, stellte schließlich die faktische Abschaffung des Asylrechts zusammen mit entsprechenden Änder-

ungen am Grundgesetz dar. Die lange vorbereitete rassistische Kampagne konservativer Kreise der herrschenden Klasse und die rassistischen Stimmungen und Gewalttaten haben das politische Klima der BRD in gegenseitiger Wechselwirkung stark nach rechts verschoben. Nicht umsonst konnten sich faschistische Strukturen seit den 90er Jahren in der ganzen



BRD stark ausbreiten und ein stabiles Umfeld schaffen. Die Verbindung und Vernetzung von militanten und teils bewaffneten rechten Gruppierungen mit legal arbeitenden Strukturen wie der NPD konnte im Windschatten eines neuen Nationalismus beinahe ungestört vonstatten gehen. Die staatlichen Verbote einzelner faschistischer Organisationen wie der "FAP" zu Beginn der 90er konnten durch Umstrukturierungen schnell kompensiert werden. Nicht zuletzt die antifaschistische Bewegung konnte dem Vormarsch faschistischer Kräfte in diesem Zeitraum und bis heute jedoch immer wieder empfindliche Schläge versetzen - was vom Staat wiederum mit Repression gegen AntifaschistInnen beantwortet wurde und wird.

Das wechselseitige Verhältnis von institutionellem Rassismus zu rassistischen Stimmungen in der Bevölkerung bestimmt, immer wieder in anderen Tonlagen und Nuancen, den Umgang mit MigrantInnen und Flüchtlingen innerhalb der BRD. Die Einwanderungspolitik der BRD entpuppt sich klar als wirtschaftspolitische Maßnahme, die sich nach den jeweiligen Erfordernissen der kapitalistischen Klasse richtet. ArbeiterInnen im Niedriglohnsektor – vornehmlich aus angrenzenden osteuropäischen Staaten - , z.B. in den Bereichen Bau, Landwirtschaft, Transport oder Lagerlogistik temporär angeworben,

werden zu großen Zahlen staatlich geduldet, solange sie ausgegrenzt am Rande der Gesellschaft leben und keine Forderungen stellen. Ganz offen präsentieren bürgerliche Politiker darüberhinaus Einwanderungsprogramme, die lediglich hochqualifizierten MigrantInnen aus bestimmten Wirtschaftssektoren eine dauerhafte Bleibe in der BRD sichern sollen

– es geht um nützlichem Menschenmaterial zur Ankurbelung der kapitalistischen Profitwirtschaft. Flüchtlinge und MigrantInnen jedoch, die im Nachklang von imperialistischen Raubzügen und Kriegen, oder auf der Flucht vor politischer, religiöser, oder rassistischer Verfolgung - in den letzten Jahren insbesondere aus den Balkangebieten und dem arabischen Raum – auf ein Leben in der BRD angewiesen sind, werden von harter staatlicher Diskriminierung und Abschiebungen getroffen. Gleichzeitig werden sie, beladen mit Vorurteilen und rassistischen Zuschreibungen, in zunehmendem Maße zu gesellschaftlichen Sündenböcken abgestempelt.

Es erinnert stark an die Zeit vor 20 Jahren, wenn die Bildzeitung in den vergangenen Monaten immer wieder in Gruselgeschichten über Anströme angeblich "verwahrloster" Menschenmassen aus dem Balkan zu berichten weiß, während Innenminister Friedrich auf den Tisch haut und dem vermeintlichen "Asylmissbrauch" den Kampf ansagt. Zahlreiche rassistische Aufläufe und unverhohlene Gewaltandrohungen gegen eine Unterkunft von AsylbewerberInnen in Berlin-Hellersdorf bestätigen die gefährliche Dynamik derartiger Stimmungsmache und haben, ähnlich wie schon zu Beginn der 90er, die rassistischen Forderungen von der Straße wieder zurück auf die politische Bühne befördert. Von dort aus



antwortet der Innenministers pflichtbewusst, dass schnell gehandelt werden müsse, um das angebliche Problem mit den Flüchtlingen zu beseitigen.

Die strukturelle Ausgrenzung von MigrantInnen und Flüchtlingen durch Arbeitsverbote und ihre großflächige Einteilung im Niedriglohnsektor, durch ein Bildungssystem, das Kinder ausselektiert, denen reale Möglichkeiten zum nachhaltigen Lernen - auch dem Erlernen der deutschen Sprache! - aufgrund mangelnder finanzieller Mittel verwehrt bleiben und durch ein, von rassistischen Vorurteilen durchwachsenes, gesellschaftliches Klima, das die "Nützlichkeit" der Menschen in den Vordergrund stellt, bietet rassistischen Hetzern einen überaus fruchtbaren Boden. Nicht umsonst werden aktuell, wie in fast allen westeuroäischen Staaten, auch in der BRD Stimmen laut, die in einer Mischung aus Paranoia und Überheblichkeit gegen die Bedrohungen aus anderen, meist als "barbarisch" oder "unzivilisiert" dargestellten, Kulturkreisen mobil machen. Neben einer Vielzahl von rechten Kleinstparteien, vermeintlichen Bürgerinitiativen und Vereinen, die sich die heldenhafte Verteidigung der westlichen Zivilisation gegen MigrantInnen und sozial Schwache auf die Fahnen geschrieben haben, profitieren auch die offen faschistischen Kräfte in der BRD von dieser Stimmung. Weit davon entfernt, einen wirklich starken Faktor im politischen Kräftespektrum zu bilden, bauen sie aktuell in erster Linie ihre Straßenpräsenz aus. Sie setzen die rassistischen Stimmungen immer wieder in Gewalttaten um und treiben die menschenverachtenden Forderungen der Rechten durch provokative Aktionen und martialisches Auftreten auf die Spitze. Auch wenn der Großteil des rechten Spektrums sich immer wieder von ihnen distanziert - sie nehmen in der Aufwärtspirale der rassistischen Hetze ganz objektiv die gefährliche Rolle der Tabubrecher und Einheber ein. Ganz abgesehen von der unmittelbaren Gefahr, die sie für MigrantInnen und andere Menschen darstellen, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen.

Die Wende kommt erst noch!

Gesamtgesellschaftlich betrachtet kann die zu Beginn gestellte Frage nach den wirklichen Verbesserungen des materiellen Lebensstandards in den letzten 23 Jahren in der BRD im Vergleich zur DDR nur mit einem müden Kopfschütteln beantwortet werden. Armut, Prekarisierung, Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt institutionell verankerter Rassismus, sowie eine rassistisch strukturierte Arbeitswelt

sprechen eine deutliche Sprache. Auch, dass die BRD kurz nach dem Zusammenbruch der DDR erstmalig seit 1945 wieder groß in das Kriegsgeschäft einstieg und heute die Militarisierung der Gesellschaft stetig vorantreibt, ist Teil dieser Entwicklung.

Es ist nichts Neues, dass VertreterInnen der herrschenden Klasse - in diesem Fall Helmut Kohl - reale Entwicklungen hinter Lügenbergen verschleiern und genauso wenig erstaunt es, dass weder die bürgerliche Geschichtsforschung, noch die politische Repräsentanz



der BRD im Nachhinein auf die offensichtliche "Fehleinschätzung" des CDU-Politikers eingeht. Für die Seite des Kapitals gibt es in dieser Sache schließlich nichts zu bereuen.

Ganz anders sieht die Sache aus der Perspektive der Lohnabhängigen aus: Angesichts der Vielzahl gesellschaftlicher Missstände, fällt es oftmals schwer, den Überblick zu wahren und nicht zu resignieren. Wo kann ein effektiver Widerstand ansetzen, ohne sich an immer den gleichen Konflikten abzuarbeiten und sich dabei letztlich nur im Kreis zu drehen? Nicht zuletzt die letzten 23 Jahre haben deutlich gezeigt, dass die Frage nach den Produktionsverhältnissen, nach dem Eigentum an Produktionsmitteln, nach den Markt- und Konkurrenzverhältnissen, für die Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung zentral ist.

Es geht um den direkten Kampf für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, für die kollektive Kontrolle über den Einsatz, die Entwicklung und die Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen - jenseits von Profitlogik und Konkurrenzdruck, nach den wirklichen Bedürfnissen und Vorstellungen der Menschen. Dazu gilt es soziale Kämpfe auszubauen und zu radikalieren. Ganz gleich ob Festangestellte, prekär Beschäftigte, Arbeitslose, RentnerInnen, oder StudentInnen - die Gemeinsamkeiten ihrer Klasseninteressen bilden die Grundlage des Widerstandes. In den aktuellen Kämpfen, an der aktiven Basis von Gewerkschaften, in sozialen Initiativen, in

klassenkämpferischen Kampagnen und Bündnissen, können wir lernen und gemeinsame Perspektiven entwickeln.

Die Kämpfe gegen die Spaltung der Lohnabhängigen nach Herkunft oder Geschlecht, die antifaschistische Verteidigung linker Politik, der Widerstand gegen imperialistische Aggressionen und gegen die Zerstörung wichtiger natürlicher Ressourcen, sind unabdingbare Teile einer umfassenden Bewegung für eine neue Gesellschaftsordnung. Sie ergänzen und

bereichern den Widerstand gegen die direkten Angriffe des Kapitals und stellen nicht zuletzt ein großes und dynamisches Umfeld des anti-kapitalistischen Kampfes dar.

Erst die Perspektive des Sozialismus stellt jedoch die wirkliche Aufhebung der Widersprüche des Kapitalismus in Aussicht. Mit dem Aufbau eigenständiger revolutionärer Strukturen, deren Aufgaben letzten Endes das klare Herausarbeiten eben dieser gesellschaftlicher Perspektive und die ständige Weiterentwicklung der Analyse und Praxis in den verschiedenen Auseinandersetzungen sind, gehen wir erste Schritte auf dem noch langen Weg gesellschaftlicher Befreiung.

Fest steht: Der Kapitalismus hat uns nichts mehr zu bieten. Der Aufbau einer solidarischen gesellschaftlichen Alternative, einer kommunistischen Gesellschaft, erfordert die Entwicklung einer breit aufgestellten Gegenmacht zum herrschenden System, die die Betroffenen von Ausbeutung und Unterdrückung in verschiedenen Kampffeldern zusammenführt.



Gegen jeden Antikommunismus

Im Rahmen der Mobilisierung gegen die Einheitsfeierlichkeiten, ist es naheliegend der antikommunistischen Propaganda eine fundierte Auseinandersetzung mit der Geschichte der revolutionären ArbeiterInnen- und Widerstandsbewegung entgegenzusetzen. Während von bürgerlicher Seite eine Umschreibung der Geschichte betrieben wird, nach der jede Revolution und jeder Versuch eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen nichts als Barbarei und Unterdrückung mit sich gebracht haben sollen, geht es für uns darum, die Geschichte sachlich zu betrachten und aus den Erfahrungen zu lernen.

Die Probleme und Fehlentwicklungen die es innerhalb der sozialistischen Länder gab, brauchen dabei weder bestritten, noch beschönigt werden. Sie müssen aber sachlich und unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände beurteilt werden. Schließlich kann niemand ernsthaft behaupten, fundamentale gesellschaftliche Umbrüche würden reibungslos und von heute auf morgen stattfinden können, insbesondere in einer Welt in der Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg und Elend zum Alltag gehören und die Menschen seit Jahrhunderten prägen.

Die ersten konkreten Schritte hin zur Überwindung des Kapitalismus und zum Aufbau des Sozialismus fanden, nach dem blutig niedergeschlagenen Aufstand der Pariser Commune 1871, zu Beginn des 20. Jahrhunderts statt. Sie waren stets von massiven Angriffen der herrschenden Klasse begleitet – Zensur, Inhaftierungen, Folter, Spitzeltätigkeiten, Massenschießungen und vielfältige Repressalien von Polizei und Militär. Die Oktoberrevolution 1917 in Russland und die ihr nachfolgenden größeren erfolgreichen Revolutionen insbesondere in China sahen sich nach ihren Siegen mit massiven unmittelbaren Problemen konfrontiert: Die gesellschaftliche Entwicklung, insbesondere der Produktivkräfte, war noch nicht sehr weit fortgeschritten, Armut und Hunger weit verbreitet. Durch Krieg und Bürgerkrieg waren zudem große Teile der Infrastruktur zerstört. Erfahrungen im Aufbau von Strukturen jenseits feudaler oder kapitalistischer Systeme, auf denen aufgebaut hätte werden können, waren zwangsläufig nicht oder kaum vorhanden. Ein großer Teil der bewussten und engagiertesten Aktivistinnen und Aktivisten wurden bereits in den

revolutionären Kämpfen getötet. Die große Masse der Bevölkerung strebte zwar nach grundlegenden Veränderungen, konnte aber natürlicherweise nicht innerhalb weniger Jahre die alten Mechanismen und tief verankerten Gepflogenheiten überwinden. Die alten Machthaber und nicht zuletzt auch, von



den imperialistischen Staaten wie Deutschland unterstützte, Konterrevolutionäre führten stetig Angriffe, Anschläge und Sabotageaktionen durch. Dennoch ist es innerhalb weniger Jahre und Jahrzehnte gelungen enorme Entwicklungen in Gang zu bringen. Die alten Ausbeuter wurden abgesetzt, die Produktion zunehmend im Interesse der ganzen Gesellschaft organisiert und enorm weiterentwickelt. Das Bildungswesen wurde komplett um-

strukturiert, eine Vielzahl neuer Schulen und Bildungseinrichtungen gebaut und die Alphabetisierungsrate von Jahr zu Jahr gesteigert. Das gleiche trifft auf die Gesundheitsvorsorge, den Bau wichtiger Infrastruktur wie Straßen und Schienen, technologische Entwicklungen und zahlreiche weitere Bereiche, von denen immer größere Teile der Bevölkerung profitierten, zu. Wenige Jahrzehnte nachdem die dortige Gesellschaft noch in Teilen feudal geprägt war, überholte die Sowjetunion die kapitalistischen Staaten etwa im Hinblick auf die Raumfahrt durch den ersten Menschen im Weltall. Auch was Frauen- und Menschenrechte angeht, wurden Errungenschaften er-

zielt, die vor der Revolution kaum vorstellbar waren. Statt Militarismus und Fremdenhass waren Friedenspolitik und internationale Solidarität elementare Grundlage der Politik.

Der Versuch, mit der DDR in Deutschland nach 1945 einen sozialistischen Staat aufzubauen, sah sich von Beginn an ebenfalls mit massiven Problemen konfrontiert. Die unzähligen Nazis mussten aus ihren Posten entfernt



und ersetzt werden. In den Jahren des Faschismus und auch schon davor, wurden aber unzählige Menschen, nicht zuletzt viele der bewussten und fähigsten Sozialistinnen und Sozialisten ermordet. Viele Städte und Industrieanlagen waren durch den Krieg zerstört, zudem gab es zahlreiche Sabotageaktionen durch vom Westen unterstützte rechte Gruppen, von Sprengstoffanschlägen bis hin zur Vergiftung von Lebensmitteln. Während die BRD von den USA unterstützt wurde, konnte die DDR nicht annähernd im gleichen Maße von der Sowjetunion unterstützt werden, da diese aufgrund des Angriffs Nazi-Deutschlands noch mit der weitreichenden Zerstörungen

ist ein Problem, dass erkannt und zukünftig unterbunden werden muss. Statt zunehmend mehr Kontrolle und Selbstbestimmung der Bevölkerung in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere in den Betrieben und den Strukturen der gesellschaftlichen Verwaltung zu entwickeln, wurde auf Autorität und Kontrolle gesetzt. Ein bürokratischer Apparat mit eigenen Interessen konnte sich entwickeln. Die intensiven Versuche, die DDR an die BRD anzugliedern und jeglichen Rest der sozialistischen Elemente zu vernichten, konnten in einer Phase, in der wirtschaftliche Probleme und der Zusammenbruch der Sowjetunion aufeinandertrafen, schließlich



des Landes zu kämpfen hatte. Die DDR kam sogar der deutschen Verantwortung für den Krieg nach und lieferte an die Sowjetunion große Teile der noch intakten Industrieanlagen und Infrastruktur als Entschädigung. Dennoch schaffte auch die DDR elementare Fortschritte in vielerlei Hinsicht: sie war unter den weltweit zehn am weitesten entwickelten Industrienationen, es mangelte weder an Arbeits-, noch an Ausbildungs- oder Kinderbetreuungsplätzen, Befreiungsbewegungen in anderen Ländern wurden unterstützt, Betriebe und Großgrundbesitz zugunsten der Bevölkerung enteignet, Sport und Kultur für alle zugänglich gemacht.

Dass auf die Bedrohung und die Probleme mit einer relativ strikten Überwachung und mit Repressalien, von denen oft auch die falschen getroffen wurden, reagiert wurde, ist als Fehlentwicklung zu beurteilen. Auch die Entfremdung des Staatsapparates und seiner Funktionäre von der Bevölkerung, die im Laufe der Zeit zu mehr Privilegien für die einen und Unzufriedenheit bei den anderen führte,

nicht mehr abgewehrt werden. Wenngleich Millionen weiterhin ein sozialistisches System erhalten wollten, setzte sich die Opposition, die nicht zuletzt aufgrund leerer Versprechungen und die Hoffnung auf mehr Konsum und Reichtum, eine Vereinigung mit der kapitalistischen BRD wollte, schließlich durch.

Was an den mittlerweile historischen sozialistischen Staaten zu kritisieren ist, ist nicht zu

Der Anti-Kommunismus ist niemals etwas anderes gewesen, als die billige Ausrede, um jede Verbesserung der menschlichen Lage in Verruf zu bringen
(Heinrich Mann)

viel, sondern zu wenig sozialistische Entwicklung und lässt sich letztlich so zusammen fassen: es gab zu wenig Kontrolle der Produktionsmittel und der staatlichen Strukturen durch die Arbeiterinnen und Arbeiter. Unsere Einschätzung und Kritik hat somit nichts gemein mit der bürgerlichen antikommunistischen Hetze. Wenn diese Hetze die Repression in der DDR kritisiert, berücksichtigt sie nicht, dass durchaus die Notwendigkeit bestand, gegen die Verantwortlichen des faschistischen Terror-Regimes und diejenigen, die den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung mit Terror und Gewalt bekämpften, vorzugehen. Sie thematisiert

Freiheitslehrer? Gauckelei!

Wenn am 3. Oktober der Sieg der herrschenden Klasse über die Systemkonkurrenz aus der DDR gefeiert wird, wird auch der bekennende Antikommunist Joachim Gauck nicht fehlen. Nicht erst seit seiner Wahl zum Bundespräsidenten wird Gauck als „Freiheitslehrer“ und moralische Instanz gefeiert. Dass es ihm nie um Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung ging, sondern vielmehr um die Freiheit der Kapitalisten-Klasse nach Belieben genau das – nämlich auszubeuten und zu unterdrücken – zu tun, macht er dabei bei jeder Gelegenheit deutlich:

So lobte er Gerhard Schröder für seinen „Mut“ das massive Verarmungsprogramm Hartz IV eingeführt zu haben. Für Menschen, die gezwungen sind, dieses zu beziehen und damit einer strikten Kontrolle ihres Privatlebens, Sanktionen und Armut unterworfen sind, hat er nur Verachtung übrig und unterstellt ihnen schon einmal, ihren Kindern „kein Mittag[essen]“ zu machen. Auch einem noch radikaleren Verfechter von Sozialabbau, dem Rassisten und Sozialdarwinisten Thilo Sarrazin bescheinigte Gauck „ein mutiger Mann“ zu sein.

Den Mut gegen die Zumutungen und Krisen des Kapitalismus auf die Straße zu gehen, empfindet er hingegen als weniger wichtig. Die Proteste gegen die Einführung von Hartz IV bezeichnete er dementsprechend als „töricht“, die Occupy-Bewegung als „unsäglich albern“. Aber nicht nur die Freiheit Menschen in 1-Euro-Jobs auszubeuten und so gleichzeitig auch alle, die noch Arbeit haben unter Druck zu setzen, den Gürtel enger zu schnallen, sind Gauck ein Anliegen. Er sorgt sich auch um die Freiheit, für die Interessen des Kapitals, Kriege in aller Welt führen zu können und bedauert, dass die Einsätze der Bundeswehr „nicht genügend öffentlich“ - sprich nicht ausreichend positiv – diskutiert würden. Da wundert es nicht mehr, dass er auch ein großer Freund der Freiheit der Atomkonzerne ist, die selbige nutzen, um die Umwelt auf tausende Jahre hin zu verseuchen. Und, dass er selbst den halbherzigen Ausstieg aus der Atomenergie ablehnt. Bleibt Überwachung und Bespitzelung, die Gauck als Freiheitsfreund doch sicher verurteilt? Falsch, staatliche Kontrolle lehnt er nur in sozialistischen Staaten ab. Die Vorratsdatenspeicherung oder die massiven Überwachungsprogramme von NSA und anderen westlichen Geheimdiensten, die die Kapazitäten der Stasi um ein vielfaches übersteigen, sieht er unproblematisch.

Bei soviel Freiheit nehmen wir uns selbige und sagen: Schluss mit der Gauckelei! Die Freiheit der herrschenden Klasse ist die Unfreiheit der Beherrschten!



nicht, dass damals und heute in den kapitalistischen Staaten zudem in aller Regel durch Geheimdienste und staatliche Repression weit mehr überwacht, inhaftiert, gefoltert und gemordet wird – und dieses Vorgehen eben nicht die Faschisten und Verantwortlichen für Terror und Gewalt trifft, sondern meist



diejenigen die sich gegen den Kapitalismus zur Wehr setzen. Sie thematisiert nicht, dass der Unterschied zwischen reich und arm weit weniger groß war als heute, dass es vielfach erst die Drohungen und Angriffe der kapitalistischen Staaten waren, die zu Problemen geführt haben, dass es heute in einem Großteil der kapitalistischen Staaten für die Mehrheit der Bevölkerung weder die bürgerlichen Freiheiten, noch einen so hohen Lebensstandard gibt wie in den sozialistischen Staaten etc.

Was uns nach den Niederlagen der großen sozialistischen Errungenschaften heute bleibt, ist eine Fülle von Erfahrungen aus mehreren Jahrzehnten der Versuche, Sozialismus und Kommunismus zum Durchbruch zu verhelfen – gute, an denen wir anknüpfen können und schlechte, die uns Fehler vermeiden lassen. Die heroischen Kämpfe und der Einsatz vieler Millionen Kommunistinnen und Kommunisten im Kampf gegen die kapitalistische Barbarei, für eine befreite Gesellschaft sind nicht vergessen, sondern sind uns auch heute noch Vorbild für unser Handeln.

Auch wenn der Kapitalismus in fast allen Teilen der Welt wieder als Sieger dasteht und seine Profiteure ihren Sieg am 3. Oktober und an unzähligen anderen Gelegenheiten feiern und die Niederlage des Sozialismus als endgültig darstellen – die Geschichte ist noch lange nicht zu Ende. Die Überwindung des Kapitalismus und die Verwirklichung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung stellen letztlich eine neue und notwendige Epoche der Menschheit dar. Ein solch tiefgreifender Prozess bedingt zwangsläufig Rückschläge, Phasen der Stagnation, langsame und

auch sprunghafte Entwicklungen. Geduld, Kontinuität und Verbindlichkeit gehören folglich zu den dafür nötigen Eigenschaften. Weltweit, mancherorts vielleicht nur wenige Dutzend, mancherorts aber schon die Mehrheit, setzen sich heute unzählige Menschen für dieses große Ziel ein. Ob bei betrieblichen Kämpfen, Protesten in Schulen und Universitäten, im Kampf gegen Faschismus und Krieg oder beim Aufbau linker Strukturen, erzielen wir hierzulande zumindest gelegentlich kleine Erfolge und leisten Widerstand gegen den vorherrschenden kapitalistischen Mainstream.

Andernorts sind die Entwicklungen bereits weiter fortgeschritten: Der Sozialismus als Gesellschaftsmodell der Zukunft wird in großen Teilen Lateinamerikas offen thematisiert. Getragen von den Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter, Bäuerinnen und Bauern, den Land- und Arbeitslosen, werden vielerorts nach und nach Maßnahmen umgesetzt, von

denen der große Teil der Bevölkerung profitiert. All den Menschen weltweit, die daran sind eine befreite Gesellschaft zu verwirklichen gilt unsere internationalistische Solidarität. Den Repräsentanten der Staaten die diese Entwicklungen bekämpfen – Merkel, Westerwelle, Gauck und co. – gilt unser Kampf.

Am 3. Oktober gehen wir gegen die Feierlichkeiten der Repräsentanten und Profiteure des Kapitalismus und für eine kommunistische Perspektive auf die Straße. Der Kapitalismus mit seinen Kriegen, seinen Krisen, seiner Armut, seiner Umweltzerstörung, seiner tagtäglichen Ausbeutung und seinem Profitstreben hat abgewirtschaftet. Es liegt an uns eine Alternative aufzubauen und zu verwirklichen.

**Für Solidarität und Klassenkampf!
Für den Kommunismus!**

Demonstration gegen die Einheitsfeierlichkeiten in Stuttgart

**Donnerstag, 3. Oktober, 14 Uhr
Lautenschlagerstraße (HBF)**

Unter dem Motto "Ihre Einheit heißt Krise, Krieg und Armut!" organisiert ein breites Bündnis die Demonstration und weitere Protestaktionen. Ein ausführlicher Aufruf und weitere Materialien finden sich auf dem Bündnisblog unter: dritterzehnter.blogspot.eu

**Achtet auf aktuelle Ankündigungen!
Informiert euch unter:
www.revolutionaere-aktion.org**

